

Stand: 12.01.2026 23:59:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5658

"Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation "Weißer Turm" in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5658 vom 10.03.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6394 des KI vom 23.04.2015
4. Beschluss des Plenums 17/6630 vom 19.05.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.05.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Büssinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer und Fraktion (SPD)**

Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißen Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Polizeiaktion gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration in Nürnberg am 5. März 2015 in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ durch ein Unterstützungskommando (USK) der Polizei mündlich und schriftlich zu berichten.

In dem Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Was war der Grund für die Polizeiaktion gegen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration in Nürnberg am 5. März 2015 in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ durch Beamte eines USK?
2. Um welches USK handelte es sich?
3. Welche Polizeieinheit und wer konkret veranlasste die Polizeiaktion in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“?
4. Weshalb erhielt der Versammlungsleiter der Anti-PEGIDA-Demonstration trotz Insistierens keinerlei Auskunft über den Hintergrund dieser Polizeiaktion? Warum wurde ihm nicht der Name des verantwortlichen Hundertschaftsführers des USK genannt?
5. Wie lief die Polizeiaktion in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ im Detail ab? Gegen wie viele Personen richtete sie sich? Wie lange dauerte die Aktion?
6. Trifft es zu, dass die betroffenen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration am

5. März 2015 in Nürnberg, als sie mit der U-Bahn von der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ wegfahren wollten, von den Beamten des USK im Zwischengeschoß der U-Bahnstation mit der Begründung aufgehalten wurden, man solle erst PEGIDA-Versammlungsteilnehmer und PEGIDA-Anhänger mit vorausfahrenden U-Bahnen abfahren lassen und trifft es zu, dass Beamte des USK sich dann so vor die Ein- und Ausgänge des Zwischengeschosses der U-Bahnstation postierten, dass ein Verlassen des Zwischengeschosses den betroffenen Versammlungsteilnehmern, aber auch Dritten nicht mehr möglich war?

7. Wurden von den im Zwischengeschoß festgehaltenen Versammlungsteilnehmern der Anti-PEGIDA-Demonstration neben der Feststellung ihrer Personalien auch Lichtbilder aufgenommen?
8. Hätte die Feststellung der Personalien auch ohne Anhalten und Festhalten der Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration im Zwischengeschoß der U-Bahnstation erfolgen können?
9. Hat die polizeiliche Maßnahme gegen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration am 5. März 2015 im Zwischengeschoß der U-Bahnstation „Weißen Turm“ dazu geführt, dass Personen, die am Rosenmontag bei einer Anti-PEGIDA-Demonstration teilgenommen haben und dabei die Gleise einer Straßenbahn blockiert haben sollen, festgestellt werden konnten?
10. Gab es in der Vergangenheit bereits Beschwerden gegen die Einsatzleitung und die Beamten des USK, das in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ zum Einsatz kam? Wenn ja, welche konkret?
11. Wie beurteilt die Staatsregierung die Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahme am 5. März 2015 im Zwischengeschoß der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“?

Begründung:

Eine Gruppe von ca. 15 bis 20 Versammlungsteilnehmern einer Anti-PEGIDA-Demonstration am 5. März 2015 in Nürnberg wurden von Beamten eines Unterstützungskommandos (USK) der Polizei im Zwischengeschoß der Nürnberger U-Bahnstation „Weißen Turm“ zum Zweck der Feststellung ihrer Personalien an- und festgehalten. Die Beamten des USK hät-

ten die Versammlungsteilnehmer zunächst im Zwischengeschoss der U-Bahnstation aufgehalten und dies damit begründet, dass man zunächst PEGIDA-Demonstrationsteilnehmer und -anhänger mit der U-Bahn wegfahren lassen solle. Danach sei es zur Feststellung der Personalien der von den USK-Beamten umringten Anti-PEGIDA-Versammlungsteilnehmer gekommen und sie seien am Verlassen des Zwischengeschosses gehindert worden. Auch unbeteilig-

ten Dritten habe man den Zugang zum Zwischengeschoss verwehrt. Anlass der polizeilichen Aktion, so die Behauptung, sind Vorermittlungen, die gegen Personen aus der von den USK-Beamten festgehaltenen Gruppe eingeleitet worden sein sollen wegen des Verdachts der Nötigung wegen Blockierens der Gleise einer Straßenbahn im Zusammenhang mit einer Versammlung gegen PEGIDA in Nürnberg am Rosenmontag.

und Herren, lieber Kollege Glauber, der Dialog, den Sie hier einfordern, findet längst statt.

Die Erhebungen sind mittlerweile durchgeführt. Das Ergebnis der Untersuchung wird in wenigen Wochen vorliegen. Dann sollen die Gemeinden angehört werden, die bei der Erhebung eine eigene Einschätzung abgegeben haben, die sich nicht mit den Untersuchungsergebnissen deckt. Die Gemeinden haben dadurch die Gelegenheit, Argumente vorzutragen, die sich aus den spezifischen örtlichen Gegebenheiten ableiten lassen. Erst auf dieser Grundlage erscheint die abschließende Bewertung durch den Verordnungsgeber möglich, in welchen Gebieten die Mietpreisbremse einzuführen ist.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Mietpreisbremse so schnell wie möglich einführen. Ich warne aber vor einem Schnellschuss. Nur auf der Grundlage solider und aktueller Daten kann eine passgenaue Festlegung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt und damit eine rechtssichere Umsetzung gelingen. Eine bloße Übernahme der Gebietskulissen zur im Jahr 2013 erlassenen Zweiten Kappungsgrenzenkennungsverordnung erfüllt, Herr Kollege Lotte, diese Voraussetzung nicht, und zwar deshalb, weil der Datenbestand, der dieser Verordnung zugrunde liegt, aus dem Jahre 2010 stammt. Das bietet keine Rechtssicherheit in möglichen Rechtsstreitigkeiten. Um es noch einmal zu sagen: Ja zu einer zügigen Umsetzung der Mietpreisbremse, aber nur dort, wo die Voraussetzungen tatsächlich vorliegen.

Meine Damen und Herren, schon seit den Neunzigerjahren schreiben wir die Wohnungsgebietevertordnung in regelmäßigen Abständen fort. Die Kappungsgrenzenkennungsverordnung haben wir unverzüglich erlassen. Wir werden auch die Mietpreisbremse ehestmöglich erlassen; denn Mieter ist nicht mit großen Worten, sondern nur mit Taten wirklich geholfen. Wir handeln, und zwar schon seit geraumer Zeit.

Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der CSU zuzustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Kolleginnen und Kollegen, nachdem die 15 Minuten seit Ankündigung der namentlichen Abstimmung noch nicht um sind, frage ich die CSU-Fraktion, ob sie auf die namentliche Abstimmung verzichtet, sodass ich jetzt gleich zur Abstimmung kommen kann. –

(Zurufe)

– Vielen Dank.

Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/5650, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Anhaltende Unruhe)

– Ich würde darum bitten, dass wir uns wenigstens bei den Abstimmungen so platzieren, dass man abstimmen kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, Drucksache 17/5670, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Drucksache 17/5671, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5651 sowie 17/5653 mit 17/5658 und 17/5672 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf den **Tagesordnungspunkt 5 aufrufen:**

Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD),



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und
Fraktion (SPD)
Drs. 17/5658**

Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Satz 1 folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende Juni 2015 dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Polizeiaktion gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration in Nürnberg am 5. März 2015 in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ durch ein Unterstützungskommando (USK) der Polizei zu berichten.“

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Helga Schmitt-Bussinger
Norbert Dünkel

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 25. März 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 23. April 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Büssinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/5658, 17/6394

Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende Juni 2015 dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Polizeiaktion gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration in Nürnberg am 5. März 2015 in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ durch ein Unterstützungskommando (USK) der Polizei zu berichten.

In dem Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Was war der Grund für die Polizeiaktion gegen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration in Nürnberg am 5. März 2015 in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ durch Beamte eines USK?
2. Um welches USK handelte es sich?
3. Welche Polizeieinheit und wer konkret veranlasste die Polizeiaktion in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“?
4. Weshalb erhielt der Versammlungsleiter der Anti-PEGIDA-Demonstration trotz Insistierens keinerlei Auskunft über den Hintergrund dieser Polizeiaktion? Warum wurde ihm nicht der Name des verantwortlichen Hundertschaftsführers des USK genannt?
5. Wie lief die Polizeiaktion in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ im Detail ab? Gegen wie

viele Personen richtete sie sich? Wie lange dauerte die Aktion?

6. Trifft es zu, dass die betroffenen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration am 5. März 2015 in Nürnberg, als sie mit der U-Bahn von der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ wegfahren wollten, von den Beamten des USK im Zwischengeschoß der U-Bahnstation mit der Begründung aufgehalten wurden, man solle erst PEGIDA-Versammlungsteilnehmer und PEGIDA-Anhänger mit vorausfahrenden U-Bahnen abfahren lassen und trifft es zu, dass Beamte des USK sich dann so vor die Ein- und Ausgänge des Zwischengeschosses der U-Bahnstation postierten, dass ein Verlassen des Zwischengeschosses den betroffenen Versammlungsteilnehmern, aber auch Dritten nicht mehr möglich war?
7. Wurden von den im Zwischengeschoß festgehaltenen Versammlungsteilnehmern der Anti-PEGIDA-Demonstration neben der Feststellung ihrer Personalien auch Lichtbilder aufgenommen?
8. Hätte die Feststellung der Personalien auch ohne Anhalten und Festhalten der Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration im Zwischengeschoß der U-Bahnstation erfolgen können?
9. Hat die polizeiliche Maßnahme gegen Versammlungsteilnehmer der Anti-PEGIDA-Demonstration am 5. März 2015 im Zwischengeschoß der U-Bahnstation „Weißer Turm“ dazu geführt, dass Personen, die am Rosenmontag bei einer Anti-PEGIDA-Demonstration teilgenommen haben und dabei die Gleise einer Straßenbahn blockiert haben sollen, festgestellt werden konnten?
10. Gab es in der Vergangenheit bereits Beschwerden gegen die Einsatzleitung und die Beamten des USK, das in der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“ zum Einsatz kam? Wenn ja, welche konkret?
11. Wie beurteilt die Staatsregierung die Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahme am 5. März 2015 im Zwischengeschoß der Nürnberger U-Bahnstation „Weißer Turm“?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 6)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015);
COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14
Drs. 17/5426, 17/6570 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Isabell Zacharias, Annette Karl, Helga Schmitt-Büssinger u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern
Drs. 17/4717, 17/6398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Beförderung nach A9 mit Amtszulage
Drs. 17/5210, 17/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Karl Freller u.a. CSU
Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den
Universitätsbibliotheken des Freistaats
Drs. 17/5361, 17/6399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausstieg aus der Torfnutzung im Garten- und Landschaftsbau
Drs. 17/5487, 17/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
KZ-Gedenkstätten besser vor Vandalismus schützen
Drs. 17/5499, 17/6400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse für nichtwissenschaftliches Personal
an bayerischen Hochschulen senken
Drs. 17/5503, 17/6401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge an bayerischen Hochschulen
hinterfragen
Drs. 17/5504, 17/6402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert,
Stefan Schuster u.a. SPD
Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen
von Paris schnell und nachhaltig realisieren
Drs. 17/5557, 17/6531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Reha vor Pflege
Drs. 17/5559, 17/6536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer-Stäblein,
Bernhard Seidenath u.a. CSU
Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über die Vorbereitung
des Bereitschaftsdienstes auf kommende Herausforderungen
Drs. 17/5603, 17/6537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zugang zu Cannabis als Medizin für Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten erleichtern
Drs. 17/5607, 17/6538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Kemptener Kokain-Affäre
Drs. 17/5616, 17/6393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Dauerhafte Übertragung des Berufungsrechts auf die bayerischen Hochschulen
Drs. 17/5617, 17/6403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Büssinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD) Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration
Drs. 17/5658, 17/6394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen
Drs. 17/5672, 17/6395 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU Entwicklung landwirtschaftsnaher Studiengänge an den Hochschulen in Bayern
Drs. 17/5710, 17/6404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen,
Doris Rauscher u.a. SPD
Gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern in Bayern
Drs. 17/5718, 17/6539 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei
allgemeinpolitischen Fragen wie TTIP und CETA!
Drs. 17/6081, 17/6396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>